

Die Rubrik « Politik & Wirtschaft (https://www.schweizerbauer.ch/category/politik-wirtschaft/feed) » als RSS-Feed abonnieren

Abstimmung

Massentierhaltungsinitiative: Nein-Lager vorne

📄 ✉️ 🌐 🐦

Von: sda/blu

Die Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» will die Würde der Nutztiere in der Verfassung verankern. Und sie hat den Fleisch- und Eierkonsum der Bevölkerung im Visier. – Ehrecke

Das Ja zu den beiden AHV-Vorlagen ist noch nicht in trockenen Tüchern. Die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer findet weiterhin keine Mehrheit, obwohl das Ja-Lager zulegte. Und bei der Massentierhaltungsinitiative holen die Gegner auf.

Das geht aus der am Mittwoch veröffentlichten zweiten Umfrage von Tamedia und «20 Minuten» vor der eidgenössischen Abstimmung am 25. September hervor.

Ablehnung deutlich gestiegen

Die Massentierhaltungsinitiative fand in der Umfrage bei 48 Prozent der Befragten Anklang. 49 Prozent waren dagegen und 3 Prozent machten keine Angaben. In der ersten Umfrage hatten noch 55 Prozent der Befragten ein Ja signalisiert. Damit stieg die Ablehnung um sechs Prozentpunkte. Dieses Muster ist typisch für Initiativen und dürfte sich fortsetzen. Mit einer Fortsetzung des Trends zur Ablehnung sei zu rechnen, schreiben die Tamedia-Zeitungen.

Auch hier waren Frauen mit 56 Prozent deutlicher für das Volksbegehren als die Männer mit 39 Prozent. Zuspruch fand die Initiative in den Städten und bei der links-grünen Wählerschaft. Auf der Gegenseite standen die Anhängerinnen und Anhänger von SVP, FDP und Mitte sowie die ländliche Bevölkerung.

Eine genaue Definition für die Massentierhaltung gibt es nicht. Für das Initiativkomitee handelt es sich um ein «Produktionssystem, das die Grundbedürfnisse der Tiere weitgehend missachtet». Für die Gegner der Initiative gibt es in der Schweiz keine Massentierhaltung.

Lanciert wurde die Initiative vom Verein Sentience. Die Trägerschaft bilden die Fondation Franz Weber, Vier Pfoten und Greenpeace; unterstützt wird sie unter anderem vom Schweizer Tierschutz, von der Stiftung für das Tier im Recht, Kag Freiland, der Kleinbauernvereinigung sowie von den Grünen und den Jungen Grünen.

Massentierhaltungsinitiative

Die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» will die Würde der Nutztiere in der Verfassung verankern. Weiter fordert sie eine tierfreundliche Umgebung, Zugang zu einer Weide und kurze Transportwege zum Schlachthof.

Die Tierwohlstandards sollen sich im Minimum an den Bio-Suisse-Richtlinien von 2018 orientieren, etwa bei der Grösse der Tiergruppen pro Stall. Das soll den Tierbestand und die damit verbundene Überdüngung des Bodens in der Schweiz deutlich senken. Die Fleischproduktion müsse auf ein umweltverträgliches Niveau gesenkt werden.

Damit inländische Bauern nicht benachteiligt werden, sollen laut den Initiantinnen und Initianten nur noch nach Schweizer Standard produzierte Tiere und Tierprodukte importiert werden dürfen. Umgesetzt sein sollen die Massnahmen spätestens in 25 Jahren.

Massentierhaltungsinitiative



AHV-Reform: Geschlechtergraben

Die AHV-Reform mit den beiden Teilen Erhöhung des Frauenrentenalters und Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuererhöhung weist die tiefsten Geschlechtergraben auf. Auch der Graben zwischen linken und bürgerlichen Kreisen ist tief.

In der neuen Umfrage zeigt sich, dass sich die Zustimmung bei der Unterstützung des höheren Frauenrentenalters und der Erhöhung der Mehrwertsteuer angleicht. Für das höhere Rentenalter sprachen sich 52 Prozent aus, für die höhere Mehrwertsteuer 54 Prozent.

Frauenrentenalter ausschlaggebend

Dominant für die Meinungsbildung ist gemäss der Umfrage die Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 im geänderten AHV-Gesetz. Die Zustimmungsrates sank im Vergleich zur ersten Tamedia/«20 Minuten»-Umfrage vom 10. August um einen Prozentpunkt. Die Gegnerschaft legte hingegen um vier Punkte auf 47 Prozent zu.

63 Prozent der Frauen waren gegen das Gesetz. Die Männer stimmten hingegen mit 70 Prozent deutlich zu. Die links-grüne Wählerschaft war klar gegen die Reform, die bürgerliche Parteianhängerschaft ebenso dezidiert dafür. Am höchsten war die Ablehnung bei den 50- bis 64-Jährigen mit einem Anteil von 59 Prozent. Die jüngeren Stimmwilligen sprachen sich hingegen mit 57 und die ältesten mit 63 Prozent für das Gesetz aus. Skeptischer zeigte sich zudem die Bevölkerung in der Romandie und in den Städten.

Mehr Skepsis bei Finanzierung

Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV sank die Zustimmung im Vergleich zur ersten Umfrage um vier Prozentpunkte und die Ablehnung stieg um fünf Punkte auf 43 Prozent. Drei Prozent machten keine Angaben.

Auch bei der Finanzierung sprechen sich lediglich 43 Prozent der Frauen gegenüber 65 Prozent der Männer für die Vorlage aus. Deutliche Unterstützung findet sich im bürgerlichen Lager von Mitte, FDP und GLP. Bei den Pensionierten ist die Zustimmung am höchsten.

Verrechnungssteuer: Gegnerschaft stabil

Bei der Teilabschaffung der Verrechnungssteuer stieg der Ja-Anteil gegenüber der ersten Tamedia-Umfrage um vier Prozentpunkte auf 34 Prozent. Das Nein-Lager büsste zwei Punkte ein, ist mit 49 Prozent aber weiterhin deutlich grösser. 17 Prozent machten keine Angaben; die Meinungsbildung knapp einen Monat vor der Abstimmung ist noch nicht weit fortgeschritten.

Sehr deutlich gegen das Gesetz war das links-grüne Lager. Einzig bei der FDP-Anhängerschaft fand sich eine Ja-Mehrheit. Stärker unterstützt wurde die Vorlage von Männern und der Wählerschaft über 65. In der Romandie und in den Städten war die Skepsis höher als in anderen Landesgegenden.

An der Umfrage von Tamedia und «20 Minuten» nahmen am 24. und 25. August 15'718 Personen teil. Das Institut Leewas befragte 9762 Personen aus der Deutschschweiz, 5521 aus der Romandie und 435 aus dem Tessin. Der statistische Fehlerbereich liegt bei +/- 1,3 Prozent.